

Einführung

Mit der neuen Zeitschrift „Totalitarismus und Demokratie“ bietet das Hannah-Arendt-Institut der wissenschaftlich interessierten Öffentlichkeit ein Forum für die historische wie gegenwartsorientierte Erforschung nicht-demokratischer Systeme und Bewegungen. Ausgehend von den beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts sollen Entstehungsbedingungen, Funktionsweisen und Auswirkungen autokratischer Regimes im europäischen (und außereuropäischen) Raum vergleichend analysiert werden. Darüber hinaus soll sich die Zeitschrift der Ergründung jener historisch-politischen, sozialen, sozialpsychologischen und kulturellen Konstellationen, Bedingungen und Dispositionen widmen, die der Etablierung und Festigung der geistigen, prozeduralen und institutionellen Grundlagen freiheitlich-demokratischer Gesellschaften dienen.

„Totalitarismus“ ist das bekannteste, aber auch umstrittenste Konzept für den Vergleich nicht-demokratischer Systeme. Jedoch hätte es seit den 1980er Jahren und insbesondere dem epochalen Umbruch von 1989/91 nicht eine so erstaunliche Renaissance in Wissenschaft und Publizistik erfahren, wäre ein anderer Begriff geeigneter erschienen, die Bedrohung individueller Freiheit durch die Weltanschauungsdiktaturen des 20. Jahrhunderts zum Ausdruck zu bringen. Zum Teil berechtigte Kritik an seinem politischen Missbrauch in der Zeit des Kalten Krieges konnte nicht über den Ursprung in der antifaschistischen italienischen Opposition in der Zeit unmittelbar nach dem „Marsch auf Rom“ hinwegtäuschen. Schon in den 1930er Jahren bediente sich ein in seinen politischen Grundorientierungen breites Spektrum von Autoren dieses Ansatzes, um die neuartig erscheinenden Einparteieregimes, insbesondere in Russland, Italien und Deutschland, zu vergleichen, Unterschiede wie Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Viele Beiträge der an den frühen Diskussionen beteiligten Wissenschaftler – man denke nur an Franz Borkenau, Carlton Hayes, Hans Kohn oder Luigi Sturzo – geben trotz allen seither erzielten Wissensfortschritts noch heute wichtige Impulse. Die Abkehr vieler Faschismus- und Kommunismusforscher vom Totalitarismusbegriff in den 1960er und 1970er Jahren war durch die in manchen Punkten stichhaltige wissenschaftliche Kritik ebenso wenig zwingend geboten wie die in den 1980er Jahren beginnende Reorientierung. Wenn das Hannah-Arendt-Institut in Dresden unter dem frischen Eindruck von Repressionserfahrungen und wiedergewonnener politischer Freiheit als eine Stätte der „Totalitarismusforschung“ gegründet wurde, geschah dies selbstverständlich nicht in dogmatischer Orientierung an einem für sakrosankt erklärten Forschungskonzept, sondern in der Absicht, einen Beitrag zu leisten, um die mit dem Wort „Totalitarismus“ erfassten und umschriebenen Freiheitsbedrohungen zu analysieren. In diesem Sinne will sich „Totalitarismus und Demokratie“ mit den historischen wie gegenwärtigen Formen der „Diktatur“, der „Autokratie“, des „Extremismus“ oder des „Fundamentalismus“, mit den „politischen Religio-

nen“ und „modernen Diktaturen“ – oder wie immer die verwendeten begrifflichen Kategorien und Deutungsmuster lauten mögen – wissenschaftlich auseinandersetzen.

Den thematischen Ausgangs- und Schwerpunkt werden die beiden Diktaturen in Deutschland im 20. Jahrhundert bilden. Ihre Besonderheiten sind angemessen nur im europäischen Vergleich zu erfassen. Andere „rechte“ wie „linke“ Autokratien treten somit ins Blickfeld. Zudem geht es um die historischen Voraussetzungen ebenso wie um die Auswirkungen bis in die Gegenwart. Die vielfältigen Formen des wissenschaftlichen Vergleichs können und sollen zur Anwendung kommen: der interpersonale, interlokale, interregionale, internationale Vergleich ebenso wie der intertemporale, der integrale ebenso wie der sektorale. Das Herausarbeiten von Unterschieden ist dabei nicht weniger wichtig als das Erfassen von Gemeinsamkeiten.

Sitz und Aufgabenstellung des Instituts legen es nahe, der sächsischen Regionalforschung mit Blick auf die Diktaturen der Vergangenheit und die Herausforderungen der Freiheit in der Gegenwart einen festen Platz im redaktionellen Programm zu sichern. Zudem sollen Fragen der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Beziehungen (auch in vergleichend-regionalhistorischer Perspektive) besondere Beachtung finden. Darüber dürfen freilich die großen Freiheitstraditionen westeuropäischer und angloamerikanischer Provenienz nicht in den Hintergrund treten, denn ohne deren Impulse fehlten unseren politischen Kulturen die positiven Wurzeln konstruktiver Diktaturkritik.

Es versteht sich, dass ein solches Forschungsprogramm nicht von einer Disziplin allein bewältigt werden kann. „Totalitarismus und Demokratie“ soll sich zu einem Forum interdisziplinären Austauschs (u. a. zwischen Historikern, Politikwissenschaftlern, Soziologen, Psychologen, Pädagogen, Religionswissenschaftlern, Philosophen) entwickeln. Dabei ist einem Pluralismus von Forschungsansätzen und -methoden Raum zu gewähren. Auch den unterschiedlichen deskriptiven wie normativen Ansprüchen beim Bearbeiten und Interpretieren des historischen Materials soll ein weiter Diskursrahmen geboten werden. Wie bereits die Zusammensetzung des Herausbergremiums dokumentiert, wird weder bei der Auswahl der Themen noch bei der der Autoren nationale Nabelschau praktiziert. Eine länderübergreifend vernetzte Redaktion soll der Zeitschrift Ausstrahlungskraft in den europäischen und außereuropäischen Forschungsraum hinein verleihen. Im Internet werden Grundinformationen zu den erschienenen und bald erscheinenden Heften geboten: www.hait.tu-dresden.de/TD.

Die Zeitschrift wird zweimal jährlich erscheinen, in der Regel mit Themenschwerpunkten. Die vorliegende erste Nummer ist aktuellen Freiheitsbedrohungen gewidmet. Die Autoren setzen sich in historisch reflektierter Form mit politischen Extremismen unterschiedlicher Couleur auseinander.

Anknüpfend an sein großangelegtes biographisches Porträt des 20. Jahrhunderts („Das Gesicht des Jahrhunderts“) geht der Bonner Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz in seinem Essay der Frage nach, welche demokratieför-

dernden Impulse, aber auch totalitären Gefährdungen von charismatischen Führern bzw. Verführern ausgegangen sind und immer wieder ausgehen können. Auf den Spuren Max Webers und Raymond Arons sieht er in Krisenzeiten die Sternstunde charismatischer Gestalten. Diese können Demokratien erneuern und dadurch konsolidieren, aber auch als deren Totengräber wirken. Darum plädiert er für stete Wachsamkeit und warnt angesichts politisch-religiöser Fanatismen aus dem islamischen Kulturkreis vor den Appeasement-Politikern unserer Zeit.

Der französische Politikwissenschaftler Patrick Moreau macht mit seiner Vergleichsstudie darauf aufmerksam, dass mit dem Untergang des Sowjetkommunismus die ehemals an ihm orientierten Parteien keineswegs von der politischen Landkarte Europas verschwunden sind. Er unterscheidet drei ideologisch-programmatische Strömungen in Westeuropa: „Traditionelle“ KPen halten am Erbe des Marxismus-Leninismus weitgehend fest, während sich „postkommunistische“ Organisationen weitgehend davon lösen, Kapitalismuskritik zum Teil mit ökologistischen Konzepten verbinden. Dazwischen angesiedelt sind „Reformkommunisten“, die dem Leninismus in Teilen abschwören, dem Marxismus aber überwiegend die Treue halten. Keine Variante ist nach Moreau zum Untergang verdammt, doch gehen sie alle nicht zuletzt aufgrund der Auflösung ihrer traditionellen Milieus im Wettbewerb mit der etablierten gemäßigten Linken einer ungewissen Zukunft entgegen.

Der Eichstätter Osteuropakenner Leonid Luks setzt sich mit den Ideen der in Deutschland noch wenig beachteten „Eurasier“ auseinander. Angesichts der Erosion der kommunistischen Ideologie, die das sowjetische Reich weltanschaulich geeinigt hatte, sahen viele Verfechter der imperialen russischen Idee im eurasischen Gedanken eine neue einigende Klammer für alle Völker und Religionsgemeinschaften des Sowjetreiches. Von den vielen Gruppierungen und publizistischen Organen im heutigen Russland, die sich zu ihm bekennen, verdient die Gruppe um Aleksandr Dugin und dessen 1992 gegründete Zeitschrift „Elementy“ angesichts ihres beträchtlichen Einflusses besondere Aufmerksamkeit. Luks entwirft ein geistiges Porträt des Periodikums, beleuchtet das Verhältnis zur westlichen extremen Rechten und fragt nach dem Einfluss dieser Form der Geopolitik auf die heutige russische Führung.

Für Deutschland zeigt der Dresdner Politikwissenschaftler Uwe Backes, dass politische Extremismen im europäischen Vergleich keinesfalls eine besorgniserregende Größenordnung annehmen. Er zeichnet die Entwicklung organisierter Formationen (des Links- und Rechtsextremismus sowie des politisch-religiösen Fundamentalismus) u. a. anhand von Wahlergebnissen und Mitgliederzahlen nach und unterzieht sie mit Blick auf die Frage des Gefahrenpotentials einem systematischen Vergleich. Trotz der hohen Stabilität des deutschen Verfassungsstaates warnt er angesichts der in der deutschen Bevölkerung verbreiteten Verdrossenheit gegenüber der „politischen Klasse“ davor, den überwiegend erfreulichen Befund unbesehen in die Zukunft hinein zu verlängern.

Der Berliner Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke hält das im Grundgesetz verankerte Konzept der „streitbaren Demokratie“ für reformbedürftig. Angesichts der Wandlungen des politischen Extremismus, der festen Verankerung des demokratischen Verfassungsstaates und mannigfacher Probleme der Praxis, wie sie sich zuletzt anlässlich des gescheiterten NPD-Parteiverbotsverfahrens offenbarten, sei eine zeitgemäße Weiterentwicklung angesagt. Der Autor plädiert für den Vorrang der Prävention gegenüber der Repression und empfiehlt, den behördlichen Verfassungsschutz im Sinne einer Beratungsagentur für die Regierung und interessierte Teile der Öffentlichkeit weiterzuentwickeln.

Die Graphik auf der Titelseite nimmt ein Motiv aus den Illustrationen William Blakes zum Buch Hiob (1825) auf. Sie zeigt Behemoth und Leviathan, die größten Ungeheuer auf See und zu Lande.

Gerhard Besier